

Nicht so staatstragend!

Die Demokratisierung der Wirtschaft sollte Thema politischer Bildung sein – von Sascha Regier*

Die Schule gehört nicht zu jenen Bereichen, von denen häufig im *express* zu lesen ist. Schon gar nicht, wenn es nicht um überlastete Lehrer:innen, sondern um deren Schüler:innen geht. Was sie beigebracht bekommen, bevor sie in den Betrieb oder die Hochschule geschickt werden, ist aber wichtig – und umkämpft. Oft wird in der politischen Bildung an Schulen ein Bild von Gesellschaft gepinselt, in dem es weder Kapital noch Arbeit gibt.

Dass die Demokratie in Deutschland durch den erstarkenden Rechtsextremismus und die AfD bedroht ist, gilt in den Sozialwissenschaften und in Teilen der Gesellschaft als common sense. Es wird sich zeigen, wie »wahrhaft« die hiesige Demokratie ist. Wie geht der Staat mit dieser Demokratiegefährdung um? Derzeit wird vor allem auf die schulische und zivilgesellschaftliche politische Bildung gesetzt, um gegen antidemokratische Einstellungen vorzugehen. Doch es zeigt sich, dass diese inhaltlich oftmals am Problem vorbeizieht. Denn äußerst staatstragend wird versucht, die derzeitige Gestalt der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« und die damit einhergehende bürgerliche Eigentumsordnung durch Institutionenlernen zu wahren. Junge Menschen sollen die *vorherrschende* Demokratie als schützenswert erachten. Fragen der Demokratisierung der Demokratie haben hier kaum Platz.

Dass die Demokratie zudem nicht nur durch Einstellungen in der Bevölkerung, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene strukturell durch die kapitalistische Vergesellschaftung bedroht ist (etwa durch die Privatisierung der Öffentlichkeit oder soziale Ungleichheit), wird zumeist ausgeblendet. Diese Ausblendung erfolgt sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen politischen Bildung durch staatlich geförderte zivilgesellschaftliche Akteure. Das vom Bundesfamilienministerium getragene Programm »Demokratie leben!« *verschreibt sich* der Extremismusprävention. Dabei wird im Sinne der Extremismustheorie suggeriert, die Demokratie werde lediglich von Personen oder spezifischen Akteur:innen der politischen Ränder bedroht – staatliche Institutionen und gesellschaftliche Verhältnisse fallen häufig unter den Tisch.

Die vorherrschenden politikästischen Ansätze in der Schule können die Krisen unserer Zeit analytisch nicht einfangen, geschweige denn dazu beitragen, Verwerfungen zu bekämpfen. Das liegt vor allem an ihrem staatszentrierten Demokratieverständnis. Demokratie wird überwiegend als repräsentative Demokratie und damit als Staatsform vermittelt, es wird das Funktionieren von Parlamenten und Parteien erklärt. Es geht nicht darum zu reflektieren, ob Bereiche der Gesellschaft außerhalb der staatlichen Institutionen zu demokratisieren sind, was auch den Bereich der Wirtschaft betreffen würde. Gewerkschaften und (betriebliche) Mitbestimmung kommen in den Lehrplänen nahezu überhaupt nicht vor.

Dabei wurden bereits in der Weimarer Republik Forderungen nach sozialer Demokratie erhoben und begründet, etwa vom sozialdemokratischen politischen Theoretiker Hermann Heller. Er und andere forderten neben liberalen Grundrechten auch soziale Grundrechte ein, darunter ein Recht auf Arbeit und die betriebliche Mitbestimmung. Auch die Diskussion über die – wenigen – heute gesetzlich verankerten sozialen Grundrechte, etwa über das garantierte Existenzminimum, von

dem man kaum leben kann, oder die Koalitionsfreiheit in Art. 9 GG fristen in der politischen Bildung ein Nischendasein.

Wahrgenommene Fremdbestimmung begreifen

Der vorherrschende konservative Ansatz politischer Bildung, der darauf setzt, das Bestehende zu erlernen, um es zu bewahren, blendet ferner jüngste Forschungsergebnisse zur nachlassenden Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung aus. So hat die »Leipziger Autoritarismus-Studie« 2024 empirisch ermittelt, dass von den Befragten in Deutschland nur noch 42,3 Prozent überzeugt sind von der »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert«. 2020 lag der Anteil noch bei 57,6 Prozent, was bereits damals als besorgniserregend galt. Die Studie »Demokratievertrauen in Krisenzeiten« der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2023 zeigt zudem, dass die als »Arbeiter:innenschicht« bezeichnete Bevölkerungsgruppe der vorherrschenden Demokratie – und das bedeutet nicht der Demokratie als Idee! – überproportional weniger als die (obere) »Mittelschicht« vertraut. Folglich hat die Zustimmung zur Demokratie auch etwas mit der Situierung innerhalb der Produktionsverhältnisse, also der sozialen Klasse zu tun, was über die zumeist konstatierte Beziehung zwischen Politikverdrossenheit und Einkommenshöhe der Wahlberechtigten hinausgeht.

In den Betrieben herrscht ein Gefühl der Fremdbestimmung: »Nahmen 2020 nur 10 % der Befragten im Osten wahr, dass sie bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen werden«, waren es 2024 schon 30 Prozent, so die Studie »Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland« der Otto-Brenner-Stiftung von 2023. Das Gefühl, nicht gehört zu werden und nicht mitbestimmen zu können, ist Nährboden rechtsautoritärer Einstellungen. Und es zeigt sich auch: Gerade in den Betrieben herrschen weiterhin vordemokratische Verhältnisse. Die Leipziger Autoritarismus-Studie kommt diesbezüglich zum Schluss: »Es ist damit zu rechnen, dass diese negativer werdenden Erfahrungen in der Form eines »spill-



overs« auf die politische Ebene übertragen werden.« Als Folge der undemokratischen Verhältnisse in der Arbeitswelt werden rechtsautoritäre Parteien gewählt. Demgegenüber zeige sich: »Wenn Beschäftigte [...] statt Ungerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre demokratischen Einstellungen und verringert das Risiko, dass in antipluralistischen Ideologien und dem Ressentiment gegen Andere Kompensation gesucht wird«, so die Studie Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland.

Die Rechte hat Erfolg damit, die Gründe für die zunehmende soziale Ungleichheit zu ethnisieren. Gegen Migration und Geflüchtete gerichtet, behauptet beispielsweise Björn Höcke (AfD), die »neue deutsche Soziale

Frage des 21. Jahrhunderts« sei nicht mehr die zwischen »Oben und Unten«, sondern zwischen »Innen und Außen«. Dass die Zunahme der (Erwerbs-)Armut durch kapitalistische Klassen- und Eigentumsverhältnisse bedingt ist, wird verschwiegen.

Genau hier wäre in der politischen Bildung anzusetzen und zu verdeutlichen: Demokratie als Selbstbestimmung ist im Betrieb – strukturell noch stärker als im staatlichen Bereich – massiv beschnitten. In kapitalistischen Gesellschaften wird der Reichtum gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Hieraus resultiert soziale Ungleichheit. Daher sollte auch die Demokratisierung der Arbeitswelt verstärkt zum Thema gemacht und die Idee der Demokratie nicht lediglich auf den Staat begrenzt werden. Nicht nur, um dem Rechtsrutsch etwas entgegenzusetzen, sondern auch, um dem strukturellen Problem zu begegnen, dass wesentliche Bereiche, die die Reproduktion einer Gesellschaft sicherstellen, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind. Das Eigentum an Produktionsmitteln beschnidet demokratische Mitbestimmung in den Betrieben im Konkreten und der Wirtschaft im Allgemeinen. Damit wird die Demokratie begrenzt.

Ein eigenes Verständnis entwickeln

Mit dem Ausblenden der Arbeitswelt wird das Prinzip der Schüler:innenorientierung verletzt. Denn nach der Schule oder dem Studium finden sich die meisten jungen Menschen in Betrieben als Lohnabhängige wieder – immerhin über 90 Prozent der Erwerbstätigen sind abhängig Beschäftigte –, in denen sie in der Regel auf keine wirklichen Mitbestimmungsmöglichkeiten stoßen.

Für die politische Bildung ist das generelle Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Kapitalismus – und damit die Genese des vorherrschenden liberalen Demokratiemodells – auch historisch zu problematisieren: Nicht nur wurde durch den Parlamentarismus im 19. Jahrhundert die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung

sowohl durch die Beschränkung des Wahlrechts für die Arbeiter:innenklasse und Frauen als auch – nach Erreichung des allgemeinen Wahlrechts – durch die Beschränkung der Demokratie auf den staatlichen Bereich durchgesetzt. (Damit wurden vor allem die Forderungen der Betriebsrätebewegung – u.a. betriebliche Demokratie und Vergesellschaftung – nach

dem Ersten Weltkrieg bekämpft). Auch wurde durch die Institution der Mitbestimmung und des Betriebsrats durch das 1952 beschlossene Betriebsverfassungsgesetz nichts an der strukturellen Begrenzung der demokratischen Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten geändert. Das Gesetz verhindert aufgrund des Einflusses der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie reaktionärer Kräfte in der Politik trotz mehrmaliger Novellen bis in die Gegenwart die Einführung gleichberechtigter betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten zwischen Kapital und Arbeit in Sektoren außerhalb der Montanindustrie (Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie). Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bleiben daher bis in die Gegenwart rechtlich unangetastet. Zugeständnisse der Kapitaleite an die Arbeitnehmer:in-

nen sind immer Ausdruck von Klassenkämpfen und bleiben unumkämpft – bis heute. Dies müsste politische Bildung ins Zentrum rücken.

Es zeigt sich: Durch die Engführung des Demokratieverständnisses wird das Politische der politischen Bildung von vornherein beschnitten. Wie sollen Schüler:innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstufen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschwohren werden? Dies läuft letztlich auf die Affirmation der gegebenen Herrschaftsverhältnisse und bestehenden Eigentumsordnung hinaus.

Man mag vielleicht einwenden, dass dem Schulwesen an sich eine herrschaftsstabilisierende Funktion zukommt. Junge Menschen werden schließlich durch das dreigliedrige Bildungssystem selektiert, wodurch die Klassenzugehörigkeit trotz formaler Gleichheit quasi vererbt wird. Dennoch ist es sinnvoll, auf den Inhalt der Lehrpläne zu blicken, der politisch umkämpft ist. Dass auch hier die Kapitaleite einen stärkeren Einfluss hat als die Gewerkschaften, zeigt sich in Nordrhein-Westfalen an der Umbenennung des Gymnasialfachs Politik in Wirtschaft/Politik 2019 durch die CDU/FDP-Landesregierung, mit der soziologische Fachinhalte durch eine neoklassische Fokussierung auf Wirtschaftsthemen verdrängt wurde.

Dagegen wäre eine kritische, soziologisch informierte Demokratiebildung einzufordern. Gerade ein Bewusstsein dessen, wer von demokratischer Partizipation ausgeschlossen ist, ermöglicht es, potentielle Räume der Demokratisierung im emanzipatorischen Sinne sichtbar zu machen und Demokratie nicht lediglich als staatliches Organisationsprinzip, sondern gesamtgesellschaftlich zu begreifen (Wolfgang Abendroth) und ggf. einzufordern. Vorschläge zur Demokratisierung der Wirtschaft gibt es auf sozialwissenschaftlicher Seite zur Genüge. Im gewerkschaftlichen Bildungsbereich von ver.di und der IG Metall werden sie unter Oskar Negts Stichwort der »Utopiefähigkeit« thematisiert. Vorbilder bieten etwa die bereits in der Weimarer Republik diskutierten Modelle der sozialen Demokratie, Wirtschaftsdemokratie Vergesellschaftung oder Wirtschaftsräte sein sowie neuere Konzepte wie das Parlament der Firma, die Partizipatorische Ökonomie, Nachhaltigkeits- und Transformationsräte oder Betriebliche Wirtschaftsräte. Gerade das Konzept des Betrieblichen Wirtschaftsrats ist für die politische Bildung in ökologischen Krisenzeiten gewinnbringend. Es sieht eine drittelparitätische Zusammensetzung im Aufsichtsrat vor, sodass Beschäftigte, Kapitaleigner und die Öffentlichkeit – darunter können etwa Vertretungen von Konsument:innen oder der Umwelt fallen – gleiche Entscheidungsbefugnisse haben. An diesem Konzept ließe sich diskutieren, was Demokratie in der Arbeitswelt bedeuten kann und soll.

Um gegen das rechte Positionen befördernde Gefühl der Fremdbestimmung in der Arbeitswelt anzukämpfen, wäre es hilfreich, die Demokratisierung der Wirtschaft in der politischen Bildung zu thematisieren. An der gewerkschaftlichen Bildung könnten sich die schulische und zivilgesellschaftliche ein Beispiel nehmen. Auch dies wäre ein Thema für die GEW.

* Sascha Regier ist Lehrer in Köln, aktiv im Referat gewerkschaftliche Bildung der GEW NRW und Teamer bei ver.di. 2023 erschien sein Buch »Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung«.